

Kommunal финанzen in der Corona-Krise: Fragen und Antworten

In der Corona-Krise geraten die öffentlichen Haushalte zunehmend unter Druck. Bund, Länder und insbesondere Kommunen müssen in den nächsten Jahren erhebliche Steuermindereinnahmen verkraften. Gleichzeitig werden Gelder in historischem Umfang zur Bekämpfung der Krise mobilisiert. In dieser Situation will die FDP-Fraktion den Kommunen helfen, lehnt jedoch eine Altschuldenübernahme durch den Bund ab.

Wie reagieren Bund, Länder und Kommunen auf die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise?

Durch die geringeren Steuereinnahmen und die Mehrbelastungen in den öffentlichen Haushalten finanzieren Bund und Länder die Maßnahmen in der Corona-Krise vor allem durch die Aufnahme von Schulden. Dies ist im Rahmen der Schuldenbremse möglich, denn sie beinhaltet eine Ausnahmeregelung für Notlagen, die in Anbetracht der Corona-Krise genutzt wurde. Kommunen haben diese Möglichkeit nicht. Auf kommunaler Ebene sind Schulden nur zur Finanzierung von Investitionen zulässig.

Wie sind die finanziellen Lasten der Corona-Krise derzeit verteilt?

Der Bund hat mit seinem Nachtragshaushalt 123 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Krise bereitgestellt. Die Gelder sind unter anderem für den Kauf von Beatmungsgeräten und Masken, die Erforschung von Impfstoffen, die finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser, das Kurzarbeitergeld, humanitäre Hilfe, Hilfe für Studierende und Soforthilfen für kleine Unternehmer und Soloselbstständige vorgesehen. Zudem stellt der Bund rund 1,2 Billionen Euro an Garantien und Bürgschaften über die KfW und den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für die Wirtschaft bereit. Die Länder ergänzen die Hilfen für die Wirtschaft und die Gesundheitsversorgung mit eigenen Förderprogrammen und Bürgschaften. In absehbarer Zeit wird der Bund die Sozialkassen zusätzlich finanziell unterstützen müssen.

Wie kann Kommunen in der derzeitigen Krise geholfen werden?

Für die meisten Kommunen ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle. Da die Gewerbesteuer stark konjunkturabhängig ist, trifft ein wirtschaftlicher Einbruch die kommunalen Finanzen besonders. Daher sollte aus Sicht der FDP-Fraktion die Gewerbesteuer abgeschafft und es den Kommunen ermöglicht werden, Hebesätze auf die Körperschaft- und Einkommensteuer einzuführen. Dies garantiert den Kommunen auch in Krisenzeiten konstantere

Einnahmen. Gleichzeitig muss die zusätzliche Besteuerung des Einkommens durch Entlastungen an anderer Stelle ausgeglichen werden, etwa durch die Abflachung des Mittelstandsbauchs.

Wer ist für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig?

Die Aufgabenverteilung ist hier eindeutig: Die Länder sind für die Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich, während der Bund die politische Verantwortung für Defizite der Sozialversicherungen trägt. Das Grundgesetz sieht eine klare Trennung vor.

Sind die Länder zur finanziellen Unterstützung der Kommunen in der Lage?

Den Ländern fällt es deutlich leichter als dem Bund, die Corona-bedingten Schulden zu tilgen. Im Jahr 2020 werden die Länder 12,3 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen als der Bund. In den nächsten fünf Jahren sind es sogar über 100 Milliarden Euro mehr. Außerdem sind die Corona-bedingten Steuerrückgänge beim Bund und bei den Kommunen deutlich höher als bei den Ländern. Zusätzlich entlastet der Bund die Länder und Kommunen durch direkte Zahlungen oder durch die Abgabe von Steueranteilen um 85 Milliarden Euro allein im Jahr 2020.

Was ist von einer pauschalen Altschuldenübernahme durch den Bund zu halten?

Eine pauschale Altschuldenübernahme durch den Bund bedarf nicht nur einer Änderung des Grundgesetzes, sie benachteiligt auch viele Länder und Kommunen. So haben einige Städte, Gemeinden und Länder in den letzten Jahren harte Sparmaßnahmen vorgenommen, um ihren Schuldenberg abzubauen. Diese hätten nichts von einer milliardenschweren Schuldenübernahme des Bundes. Auf der anderen Seite würden nun Länder und Kommunen belohnt, die keinerlei Anstrengungen zur Entschuldung unternommen haben. Darüber hinaus würden durch eine pauschale Schuldenübernahme die eigentlichen Probleme nicht gelöst. Die Ursachen für die Altschulden der betroffenen Kommunen sind so vielfältig wie die Kommunen selbst. Oftmals sind es Kommunen in strukturschwachen Regionen, die vielmehr eine dauerhafte Belebung ihrer Wirtschaftskraft benötigen. Eine pauschale Übernahme von Altschulden durch den Bund lehnt die FDP-Fraktion daher ab.